

Mitglied SPD-Fraktion

Ausschussvorsitzende Ursula Aljets
Ausschussmitglied Sabine Gastmann
Stellv. Ausschussvorsitzender Uwe Reese

Mitglied CDU-Fraktion

Ausschussmitglied Ursula Biester
Ausschussmitglied Stephan Hellwig
Ausschussmitglied Helmut Möhle

Mitglied FDP-Fraktion

Ausschussmitglied Hans-Joachim Jasny

Mitglied Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ausschussmitglied Claus-Dieter Westerman

Mitglied der LAW

beratende Stimme Johann Janssen

Mitglied Gruppe BASU/Ober-Bloibaum/Tholen

Ausschussmitglied Barbara Ober-Bloibaum

Sozialverband Deutschlands e. V.

beratendes Mitglied Hans-Peter de Vries

Mitglied des Seniorenbeirates

beratendes Mitglied Manfred Kaluza

Arbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtsverbände WHV

beratendes Mitglied Petra Meyer-Machtemes

Dezernent

Erster Stadtrat Jens Stoffers

von der Verwaltung

Fachbereichsleitung Gesundheit Christof Rübsamen
Fachbereichsleitung 50 Jörg Sieberns

Protokollführer

Protokollführer Michael Dölling

Es fehlte entschuldigt

beratendes Mitglied Joachim Stasch

Gäste

Ingeborg Brost (Vorstandsmitglied Wilhelmshavener Tafel)
Peter Siefken („Beratung, Kommunikation und Arbeit e. V.“)

A Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Soziales und Gesundheit vom 27.08.2009
- 4 Mitteilungen und Anfragen
- 4.1 Vorstellung des Vereins "Wilhelmshavener Tafel e. V." durch den 1. Vorsitzenden, Herrn Meyer-Dammast
- 4.2 Vorstellung des Vereins "Beratung, Kommunikation und Arbeit e.V." durch den Geschäftsführer, Herrn Siefken
- 4.3 Sachstand zu den Kosten der Unterkunft
- 4.4 Sachstand zur Organisationsuntersuchung der Eingliederungshilfe
- 4.5 Vergabe der Mittel der Käthe-Hauptmann-Stiftung (s. Anlage)
- 4.6 Methadonvergabe in Wilhelmshaven
- 4.7 Sachstand "Neue Influenza"

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Die Vorsitzende, Frau Alijets, eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Des Weiteren teilte Frau Alijets mit, dass Frau Angelika Thwin nicht mehr dem Ausschuss angehöre; als neues Mitglied wurde Frau Barbara Ober-Bloibaum begrüßt.

2 Feststellung der Tagesordnung

Frau Gastmann beantragte die Aufnahme des neuen Tagesordnungspunktes 4.6: „Methadonabgabe in Wilhelmshaven“. Der Ausschuss stimmte dem zu.

Ansonsten wurde die Tagesordnung festgestellt.

3 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Soziales und Gesundheit vom 27.08.2009

H. Reese wies darauf hin, dass er bezüglich der Seniorenplanung der grundsätzlichen Notwendigkeit einer solchen Planung widersprochen habe. Die Niederschrift über den öffentlichen Teil des Ausschusses für Soziales und Gesundheit vom 27.08.2009 wurde mit diesem Hinweis genehmigt.

4 Mitteilungen und Anfragen

4.1 Vorstellung des Vereins "Wilhelmshavener Tafel e. V." durch den 1. Vorsitzenden, Herrn Meyer-Dammast

Grundsätzlich soll eine Abgabe von Lebensmitteln nur in Verbindung mit dem Arbeitslosen- oder Rentenbescheid erfolgen. In der Praxis sei dies aber nicht immer umzusetzen.

Die Kosten des Betriebes der Tafel für Miete, Strom, Gas, Abfallgebühren etc. belaufen sich mittlerweile auf 3.000,- €/mtl. Allein die Abfallgebühren betragen 2.000,- €/jährlich.

Finanziert wird die Tafel aus Spenden und Vereinsbeiträgen. Des Weiteren bitte die Tafel jeden Bedürftigen um einen Obolus von 1,- € pro Abholung. Dieser Bitte würde in den allermeisten Fällen entsprochen.

Das Angebot der Tafel schwanke erheblich. Bis auf eine Ausnahme gäbe es eine grundsätzliche Bereitschaft der Supermarktketten, das Projekt „Tafel“ zu unterstützen.

Auf Nachfrage von H. Stoffers teilte H. Meyer-Dammast mit, dass auf ehemalige Bedürftige nur in Ausnahmefällen zurückgegriffen werde, wenn es um die ehrenamtliche Mitarbeit bei der Tafel gehe.

Frau Brost ergänzte, dass vielmehr Neuankömmlinge von ihr angesprochen werden und sie so schon den einen oder anderen für die Arbeit bei der Tafel gewinnen konnte.

Die Tafel gäbe an vier Tagen in der Woche Lebensmittel ab; an sechs Tagen in der Woche werden mit den beiden tafeleigenen Fahrzeugen die Spenden eingesammelt.

Die Tafeln seien untereinander vernetzt, so dass auch evtl. die Möglichkeit bestehe, von überregionalen Spendenaktionen (z. B. Pfandgeld Lidl) zu profitieren.

Der Standort wurde von H. Meyer-Dammast als gut geeignet bezeichnet. Vor kurzem sei noch ein Kellerraum ausgebaut worden; der Verein richtet sich somit auf eine längere Verweildauer an diesem Standort ein.

Der Vermieter ist der Verein „Beratung, Kommunikation und Arbeit“.

Zubereitetes Essen würde nicht abgegeben, da die lebensmittelrechtlichen Vorschriften zu streng sind, als dass die Tafel diese erfüllen könne.

H. Westermann regte an, dass die Ausschussmitglieder auf die Aufwandsentschädigung für die heutige Sitzung verzichten mögen und der Ausschuss die Gelder als Spende der Tafel zur Verfügung stellen sollte.

4.2 Vorstellung des Vereins "Beratung, Kommunikation und Arbeit e.V." durch den Geschäftsführer, Herrn Siefken

H. Siefken stellte zunächst ausführlich den Verein „Beratung, Kommunikation und Arbeit“ vor (s. Anlage).

Bei dem städtischen Zuschuss von 90.000,- € handele es sich um den „wichtigsten“ Zuschuss, da von diesem die Leitung, die Verwaltung etc. gezahlt wird. Ohne diesen Zuschuss wäre es gar nicht möglich, die anderen Zuschüsse zu generieren.

Frau Aljets appellierte an die Ausschussmitglieder, die Bedeutung dieses städtischen Zuschusses bei kommenden Haushaltsgesprächen im Hinterkopf zu haben.

H. Siefken erläuterte, dass bis 2008 die Wohnungsbaugesellschaft „Jade“ eine große Spende erbracht hätte, die an das vom Verein betriebene Wohnprojekt für Jugendliche gekoppelt war. Da es das Projekt leider nicht mehr gäbe, gäbe es auch diese Spende nicht mehr.

H. Stoffers verdeutlichte nochmal, dass das Projekt Pro Aktiv Center lediglich am Standort Paul-Hug-Straße geschlossen wurde, weil das Jobcenter dieses Projekt nicht mehr mit 40 %, sondern nur noch mit 20 % finanziert. Das Projekt Pro Aktiv Center sei jetzt ausschließlich bei der GAQ angesiedelt.

H. Reese fragte, ob es Statistiken darüber gäbe, wie viele Jugendliche nach Durchlaufen der Fördermaßnahmen tatsächlich in den 1. Arbeitsmarkt gelangen würden.

Dies wurde von H. Siefken verneint, da der Verein „nur“ eine Durchlaufstation sei und somit gar nicht die Möglichkeit hätte, eine solche Statistik zu erstellen.

Der lt. H. Siefken „gefühlte“ Anteil an Teilnehmer der Fördermaßnahmen, die danach in den 1. Arbeitsmarkt integriert würden, liegt bei 20 - 30 %.

H. Reese konnte nicht so ganz nachvollziehen, warum die Erhebung entsprechender Daten nicht möglich sei. Diese Datenerhebung wäre natürlich für mögliche Rückschlüsse auf die Qualität der Fördermaßnahmen sehr interessant.

In diesem Zusammenhang äußerte H. Reese weiter, dass es ja eventuell auch zuviel Betreuung der Jugendlichen geben könnte, was dann wiederum zu einer Überforderung der Jugendlichen führen könnte.

H. Siefken entgegnete, dass er dieses Problem nicht sähe, da die unterschiedlichen Institutionen sehr eng zusammen arbeiten und vernetzt sein würden.

Frau Aljets erklärte, dass im letzten Jahr auf der Europäischen Arbeitsmarktkonferenz die Teilnehmer sehr beeindruckt waren von dem, was in Wilhelmshaven den Jugendlichen angeboten wird.

In diesem Zusammenhang erklärte H. Stoffers, dass die GAQ eine aktuelle Statistik vorgelegt habe, aus der hervorgeht, dass Wilhelmshaven, verglichen mit 20 anderen Jobcentern in Niedersachsen, den geringsten Anteil von Jugendlichen an der Gesamtarbeitslosigkeit in einem Bezirk habe. Dies sei durchaus ein Beleg für die Effektivität der Jugendarbeit.

Frau Gastmann führte aus, dass die GAQ und andere Einrichtungen seinerzeit ja auch gegründet wurden, um Jugendlichen und jungen Erwachsenen die Möglichkeit zu geben, sich aus der Arbeitslosigkeit zu befreien. Durch die enge Verzahnung der

Institutionen sei es so gut wie unmöglich, als Jugendlicher durch das Netzwerk zu schlüpfen.

H. Jesny griff noch einmal das Thema Statistik auf und hält es für wünschenswert, dass man nachvollziehen könnte, was aus dem einzelnen Jugendlichen nach Abschluss der Fördermaßnahmen geworden ist.

H. Siefken teilte mit, dass das Land Niedersachsen Statistiken erstellen würde, nach denen die Eingliederungsquote bei ca. 60 % liegen würde. Allerdings würden auch Fälle einbezogen, bei denen Jugendliche nach Abschluss der Fördermaßnahmen in schulische Weiterbildungen oder verschiedene Therapieformen gegangen sind. Insofern seien solche Statistiken immer mit ein wenig Vorsicht zu genießen.

Frau Aliets führte aus, dass die Stadt Wilhelmshaven die einzige Kommune in Niedersachsen sei, die es geschafft habe, die schon vorhandene Förderinfrastruktur ins Jobcenter zu überführen.

H. Stoffers erläuterte abschließend zum Thema Statistik und Evaluierung, dass es seiner Meinung nach sogar eher zu viele als zu wenige Zahlen hinsichtlich der Effizienz der sozialpädagogischen Arbeit gäbe.

Beim Projekt Pro Aktiv Center würde ein Controlling durch eine externe Firma stattfinden; bei der GAQ führt das Statistik- und Berichtswesen zu einem erheblichen zeitlichen Mehraufwand.

Durch das Statistik- und Controllingwesen sei nicht zu befürchten, dass unnütz Gelder ausgegeben werden, ohne dass sich ein messbarer Erfolg zeige.

4.3 Sachstand zu den Kosten der Unterkunft

Herr Stoffers erläuterte, dass er zu den Kosten der Unterkunft 3 Punkte behandeln werde:

1. Sachstand zum Verfahren vor dem Bundessozialgericht
2. Entwicklung des Bundeszuschusses
3. Mögliche künftige Organisationsform der Job-Center

zu 1. Sachstand zum Verfahren vor dem Bundessozialgericht

Herr Stoffers machte deutlich, dass es bei diesem Verfahren um die Ermittlung von angemessenen Kosten der Unterkunft für die Zeit vor dem 30.06. 2009 gehe. Ab 01.07.2009 berechne die Stadt Wilhelmshaven die angemessenen Kosten der Unterkunft nach einem überarbeiteten, im Sozial- und Gesundheitsausschuss bereits vorgestellten, Verfahren, welches noch nicht Gegenstand von Entscheidungen des Landessozialgerichtes war.

Herr Stoffers führte weiter aus, dass das Landessozialgericht am 11.12.2008 festgestellt habe, dass es sich bei dem von der Stadt Wilhelmshaven bisher praktizierten Verfahren um ein schlüssiges Konzept handelt, die Stadt jedoch unzutreffende Schlüsse aus ihren Ermittlungen gezogen habe.

Das Landessozialgericht habe eigene Berechnungen angestellt, in denen allerdings Daten aus vermietetem Wohnraum keine Berücksichtigung gefunden habe.

Außerdem habe sich das Landessozialgericht nicht mit der Frage auseinandergesetzt, in welchen Zeitabständen eine Anpassung der ermittelten Beträge erfolgen müsse.

Daher habe die Stadt Wilhelmshaven gegen dieses Urteil Revision eingelegt.

Am 22.09.2009 hat es eine Verhandlung vor dem Bundessozialgericht gegeben. Das Bundessozialgericht habe die Angelegenheit nach Erörterung der Sachlage an das Landessozialgericht zurückverwiesen. Dem Bundessozialgericht sei nicht klar geworden, welche Wohnungen genau in die Berechnungen einbezogen wurden. Dies müsse nun vom Landessozialgericht ermittelt werden.

Außerdem machte das Bundessozialgericht deutlich, dass sich die Kommunen bei der Ermittlung der angemessenen Kosten der Unterkunft durch mangelnde Vorgaben des Gesetzgebers in einer misslichen Situation befänden. Es fehle an verlässlichen Kriterien des Gesetzgebers.

Herr Stoffers teilte mit, dass sich nach ersten Hinweisen aus den derzeit noch laufenden Koalitionsverhandlungen abzeichne, dass bei der Berechnung der angemessenen Kosten der Unterkunft zukünftig bundesweit verstärkt mit Pauschalen gearbeitet werden solle.

zu 2. Entwicklung des Bundeszuschusses

Herr Stoffers führte aus, dass das Bundeskabinett am 07.10.2009 beschlossen habe, den Bundesanteil an den Kosten der Unterkunft wegen zurückgehender Bedarfsgemeinschaftszahlen zu senken. Bei der Berechnungsgrundlage spiele es keine Rolle, dass die Unterkunftskosten vielfach durch gestiegene Mieten und Nebenkosten höher ausfallen werden, als in den Vorjahren.

In Niedersachsen werde der Bundesanteil ab 2010 von derzeit 25,4 % auf 23 % gesenkt, was für die Stadt Wilhelmshaven eine Mindereinnahme von 600.000 €/jährlich bedeute.

zu 3. Mögliche künftige Organisationsform der Job-Center

Herr Stoffers gab bekannt, dass nach dem derzeitigen Stand der Koalitionsverhandlungen im SGB II-Bereich von einer getrennten Trägerschaft auszugehen sei. Eine Verfassungsänderung sei nicht beabsichtigt. Die bestehenden Optionskommunen sollen unbefristet fortbestehen. Eine Erweiterung der Option sei bislang nicht vorgesehen.

Dies bedeute, dass die Agentur für Arbeit zukünftig für die Berechnung und Auszahlung der Arbeitslosengeld II-Leistungen (ohne Kosten der Unterkunft) und für die Arbeitsvermittlung zuständig sei; die Kommunen seien für die Kosten der Unterkunft und die kommunalen Eingliederungsleistungen (u. a. Schuldnerberatung und psychosoziale Betreuung) verantwortlich.

Die Bundesagentur für Arbeit erhält die Aufgabe, den Kommunen attraktive Angebote zur freiwilligen Zusammenarbeit zu unterbreiten.

Die weitere Ausgestaltung dieser Regelung bleibe abzuwarten.

4.4 Sachstand zur Organisationsuntersuchung der Eingliederungshilfe

Herr Stoffers erläuterte, dass die Aufwendungen für Eingliederungshilfemaßnahmen mit einem Volumen von fast 22 Mio. € jährlich einen hohen Anteil an den

Gesamtausgaben des Fachbereiches 50 habe. Es seien bundesweit ansteigende Aufwendungen zu beobachten.

Der Aufgabeninhalt der Eingliederungshilfe habe sich in den letzten Jahren stark verändert und sei nun von einer individuellen Hilfeplanung geprägt.

Die MitarbeiterInnen der Eingliederungshilfe hätten um eine Untersuchung ihres Bereiches gebeten, um zu einer aufgabengerechten Arbeitsbelastung zu kommen. Der Personalrat sei eng in die Untersuchung eingebunden.

5 Unternehmen wurden um Abgabe von Angeboten zur Organisationsuntersuchung gebeten; zwei Unternehmen hätten sich an dem Auswahlverfahren beteiligt, wobei die Firma Con_sens als fachkundigster Anbieter ausgewählt wurde. Die Firma habe auch eine umfangreiche Referenzliste vorgelegt.

Zunächst werde es nun eine Ist-Aufnahme des Bereiches geben, um Geschäftsprozesse und Schnittstellen zu analysieren.

Darauf aufbauend sei geplant, Empfehlungen zu strategischen und operativen Steuerungsmöglichkeiten zu erarbeiten und Aussagen zu Art und Umfang des einzusetzenden Personals abzugeben.

Der Personal- und Gesundheitsausschuss würde über die Ergebnisse der Untersuchung informiert.

4.5 Vergabe der Mittel der Käthe-Hauptmann-Stiftung (s. Anlage)

Frau Aljets erläuterte die Beschlussvorlage und informierte über die beiden Zuschussanträge der Beratungsstelle für Krebsbetroffene und Angehörige der Arbeiterwohlfahrt, Kreisverband Wilhelmshaven e. V. (AWO-Krebsberatung) sowie der Kooperation „Wegwarte“-Lebenshilfe nach Diagnose Krebs in Höhe von jeweils 1.800,- €.

Frau Biester würdigte insbesondere die Arbeit der „Wegwarte“ unterstützte den Verwaltungsvorschlag.

Beschluss: (einstimmig)

Die AWO-Krebsberatung und die Kooperation „Wegwarte“-Lebenshilfe nach Diagnose Krebs werden jeweils mit 1.800,- € aus Mitteln der Käthe-Hauptmann-Stiftung bezuschusst. Etwaige Reste werden in das nächste Haushaltsjahr übertragen.

4.6 Methadonvergabe in Wilhelmshaven

Frau Gastmann begründete ihren Antrag auf Aufnahme dieses Punktes auf die Tagesordnung damit, dass in Wilhelmshaven substituierende Ärzte angekündigt haben, zum 01.11.2009 die Methadonsubstitution zu beenden mit den dementsprechenden Konsequenzen. Die Stadt müsse sich somit dieses Themas annehmen.

H. Stoffers rief noch einmal kurz in Erinnerung, wie sich das Thema „Methadonabgabe“ im Laufe des Jahres entwickelt hat. Die Stadt habe zu Beginn des Jahres eine Besprechung organisiert, auf der noch einmal ausdrücklich festgestellt wurde, dass der Sicherstellungsauftrag bei der Kassenärztlichen Vereinigung liege.

Weiter führte H. Stoffers aus, dass Mitte 2009 die Nachfrage bei H. Jeschonnek, damaliger Geschäftsführer der KV, ob ein weiteres Mitwirken der Stadt bei der Problemlösung nötig sei, von H. Jeschonnek verneint wurde. Vor einigen Tagen habe H. Stoffers dann eine Kopie eines Schreibens von H. Abelmann an die KV erhalten, in dem H. Abelmann die Einstellung der Substitution zum 31.10.2009 ankündigte, da keine finanzielle Einigung mit der KV zustande gekommen sei.

H. Stoffers habe daraufhin Kontakt mit der KV aufgenommen. H. Jeschonnek sei mittlerweile nicht mehr Geschäftsführer für den Bezirk Wilhelmshaven. Mit dem neuen für Wilhelmshaven zuständigen Geschäftsführer H. Scherbeitz sei für nächste Woche ein Gespräch terminiert, um das Thema mit ihm zu besprechen.

H. Janssen vertrat die Auffassung, dass die Sicherstellung der Methadonversorgung bei den Ärzten läge. Leider sei es ihm als lange Zeit substituierenden Arzt nie gelungen, das RNK in die Methadonversorgung mit einzubinden.

Die mangelnde Qualifikation der Ärzte könne aus seiner Sicht kein Grund sein, die Methadonabgabe nicht zu übernehmen. Jeder Arzt, auch z. B. ein Hals-Nasen-Ohrenarzt, könne ohne die entsprechende Qualifikation bis zu drei Patienten substituieren. Wenn jeder Arzt in Wilhelmshaven drei Patienten übernehmen würde, wäre das Problem gelöst. Seiner Meinung nach müsse sich das Bewusstsein in der Ärzteschaft ändern.

Das Konzept der zentralen Vergabe in einer Gemeinschaftspraxis, in der H. Abelmann und weitere Kollegen substituiert hätten, sei leider mit der KV aus finanziellen Gründen nicht umzusetzen gewesen.

Frau Aljets hob die Bemühungen der Stadt Wilhelmshaven hervor und fand es bedauerlich, dass die KV ihrem Sicherstellungsauftrag an dieser Stelle bisher nicht nachgekommen sei.

Frau Biester wies darauf hin, dass die Quote der nicht mehr von Heroin Abhängigen bei ca. 30 % läge und es insofern eine wünschenswerte Sache wäre, wenn die Versorgung mit Methadon weiterlaufen würde.

H. Janssen ergänzte, dass es für viele Methadonpatienten möglich sei, ein völlig normales Leben zu führen.

H. Reese sprach sich dafür aus, den Druck auf die KV zu verstärken.

Frau Aljets schlug vor, den aktuellen Sachstand im Rat vorzutragen, aber keine weiterführenden Anträge zu stellen.

H. Stoffers riet davon ab, sich in die Verhandlungen zwischen der KV und den beteiligten Ärzten einzuschalten. Gleichwohl wird die Stadt das Thema begleiten und, wenn gewünscht, auch hilfreich zur Seite stehen.

4.7 Sachstand "Neue Influenza"

Herr Dr. Rübsamen informierte die Ausschussmitglieder über die Unterschiede der beiden Impfstoffe im Rahmen der Impfungen gegen die neue Grippe und über den derzeitigen Stand der Organisation.

H. Janssen appellierte an das Gesundheitsamt, die Bevölkerung zur Impfung aufzurufen. Es gehe nicht nur um den persönlichen Schutz eines jeden Einzelnen, sondern auch darum, die neue Grippe insgesamt einzudämmen und nicht zur ungehinderten Ausbreitung kommen zu lassen.

Es folgte der Nichtöffentliche Teil der Sitzung

Dateiname: 9595.14824.doc
Verzeichnis: C:\Documents and Settings\Default User\My Documents
Vorlage: Normal.dotm
Titel: Sitzung 8/2009
Thema: Sitzungsdatum 22.10.2009
Autor: SDW
Stichwörter: Sitzungsort Beratung, Kommunikation und Arbeit e. V.,
Ulmenstr. 55, 26384 Wilhelmshaven
Kommentar: erstellt am 10.11.2009
Erstelldatum: 17.11.2009 14:52:00
Änderung Nummer: 1
Letztes Speicherdatum: 17.11.2009 14:52:00
Zuletzt gespeichert von: SDW
Letztes Druckdatum: 17.11.2009 14:52:00
Nach letztem vollständigen Druck
Anzahl Seiten: 9
Anzahl Wörter: 2.991 (ca.)
Anzahl Zeichen: 18.844 (ca.)